

## **REDE VON CATHERINA PIEROTH ZUR PRIORITÄT DER CDU: "EUROPÄISCHE STÄDTE GEGEN DROGEN" IN DER PLENARSITZUNG VOM 11.02.2021**

*\*\*\* Es gilt das gesprochene Wort \*\*\**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich rekapituliere noch mal so ein bisschen das Gesagte. Berlin soll sich einem Netzwerk gegen Drogen anschließen. Städte wie Ankara, Belgrad, Bukarest, Minsk und Zagreb sind schon dabei.

Unser Ziel muss ein drogenfreies Europa sein, fordert dieser lose Zusammenschluss, der sich zwar vorgenommen hat zu handeln, aber außer blinden Aktionismus kann ich da leider nichts erkennen. In erster Linie geht es diesem Zusammenschluss ums Verboten – hat auch Herr Kluckert bemerkt – und um das geht es der Berliner CDU anscheinend auch. Da frage ich mich – und das frage ich mich schon länger –, Herr Dregger: Wie haben Sie eigentlich Ihre Kinder erzogen, oder haben Sie, wie bei Ihrem Beispiel, erst mit 18 Jahren damit angefangen? Wie haben Sie versucht, Ihre Erkenntnisse und Erfahrungen an sie als junge Erwachsene weiterzugeben – über Zuhören und im Gespräch bleiben oder über Wegschauen und Verbote und Strafen?

Ich frage Sie das, weil ich mir einen Umgang mit Problemen ausschließlich über Verbote und Bestrafung nicht vorstellen kann.

Wir befinden uns immer noch in der Krise. Kitas und Schulen werden zwar langsam wieder öffnen, aber Menschen verlieren zum Teil ihren Job und damit ihre Lebensgrundlage. Die notwendige Distanz und Kontaktbeschränkungen sorgen in allen Altersgruppen für eine hohe psychische und existenzielle Belastung mit Folgen wie Stress, Einsamkeit und Ängsten.

Wir erleben einen Moment, in dem wir Menschen mit Einschränkungen, Wohnungs- und Obdachlose, Alteingesessene und Menschen, die bei uns Zuflucht gefunden haben, leicht und weniger leicht Erkrankte besonders unterstützen müssen. Dazu gehören auch Suchterkrankte. Und das ist der Moment, in dem Sie den Regierenden Bürgermeister dazu auffordern, sämtliche Probleme, die der Drogenkonsum mit sich bringt, zu leugnen und einem Verbotnetzwerk beizutreten? Wie hat noch gleich die renommierte „Global Commission on Drug Policy“ vor zehn Jahren schon festgestellt? – Der Drogenkrieg ist gescheitert. – Nehmen Sie das doch endlich mal zur Kenntnis!

Kriminelle Strukturen und gefährliches Konsumverhalten werden geschwächt, wenn Drogen besser und legal reguliert werden. Gerne nutze ich diesen Anlass, Ihnen noch einmal die Maßnahmen zu nennen, die unsere Koalition in Bezug auf Prävention, Suchtberatung und Hilfe unternommen hat. Für die Genehmigung eines Modellprojekts zur kontrollierten Abgabe von Cannabis – Kollege Isenberg hat das schon genannt – klagt Berlin bis in die letzte Instanz. Wir haben gerade den Widerspruch beim Kölner Verwaltungsgericht eingereicht und das, weil wir zusammen mit der Wissenschaft davon überzeugt sind, dass eine Abgabe von Cannabis an Erwachsene besser transparent und beispielsweise in Apotheken stattfindet, als auf dem

Schwarzmarkt, denn auf dem Schwarzmarkt gibt es keinen Jugend- und auch keinen Verbraucherschutz.

Ihre Drogenbeauftragte im Bund, Frau Ludwig, hat es schon verstanden: Drug-Checking ist eine gute Möglichkeit der Schadensminderung. So wird dort neben dem Check auf schädliche Nebenprodukte der Zugang zur Zielgruppe mit Prävention- und Therapieangeboten ermöglicht – ein Zugang, den Sie über Verbote niemals erreichen würden, Herr Dregger. Auch dafür haben wir in diesen Tagen die nötigen Stellen in der Gerichtsmedizin der Charité eingerichtet. Weitere Angebote im mobilen Bereich werden in Kürze folgen.

Dabei sind dieser Koalition die Probleme in der Stadt sehr bewusst. Eine Anfrage von uns Grünen hat es bestätigt: Nicht nur am Görli oder in der Hasenheide wird gedealt. Um Anwohnerinnen und Anwohner und Nachbarinnen und Nachbarn von Spandau bis Köpenick, von Pankow bis Zehlendorf zu respektieren und ihnen an U-Bahnhöfen und in den Parks wieder mehr Ruhe und Sauberkeit zu gönnen, müssen wir die Probleme im Auge behalten. Gemeinsam mit der Berliner Polizei, den Wohlfahrtsverbänden, der Fachstelle für Suchtprävention und unseren erfahrenen Trägern direkt vor Ort, werden wir das auch nach und nach meistern.

Noch ein letzter Punkt, liebe CDU: Sie gehen ja in Ihrem Antrag auf einen Punkt der Resolution ein, wonach alle Forderungen nach Legalisierung von Drogen abgelehnt werden. Dieses Verbot bezieht sich sicher auch auf die tödlichsten Drogen in Deutschland – das sind Nikotin und Alkohol. Alkoholassoziierte Erkrankungen fordern in Deutschland jährlich etwa 74 000 Todesopfer und verursachen über 50 Milliarden Euro direkte und indirekte Kosten für das Gesundheitssystem.

Liebe CDU! Lieber Herr Dregger! Lassen Sie uns gemeinsam an mehr Prävention, Aufklärung und Hilfe, auch für Angehörige und Kinder von Alkoholkranken, arbeiten.

Wir sollten Verbote und Strafen da walten lassen, wo es Sinn macht: bei den Drogenkartellen und der organisierten Kriminalität. – Danke schön!